

ich würde Ihnen dringend empfehlen, sich da einfach mal reinzulesen –,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

ganz explizit die Warnung, dass man das Asylrecht und das Recht der Fachkräfteeinwanderung nicht vermischen sollte. Das ist auch das Kernanliegen.

Wenn wir diese Diskussion und Debatte rund um dieses Gesetz so führen und auf diese hochemotionale Ebene heben wollen, dann sind wir im Endeffekt nicht in der Lage, in wenigen Monaten und Jahren auf die Konsequenzen vor Ort in den Ausländerbehörden zu reagieren. Das hätte ich von Ihnen heute in der Debatte zumindest erwartet, vor allem nach den Vorfällen in dem sogenannten Haus der Integration in Wuppertal.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn wir ein solches Gesetz voranbringen ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, das waren 90 Sekunden.

**Enxhi Seli-Zacharias** (AfD): Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Fühlte sich aber länger an!)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Ja, das ist manchmal so. Aber 90 Sekunden sind 90 Sekunden. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

**Josefine Paul**<sup>1)</sup>, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landkreistag verwahrt sich sicherlich gegen diese einseitige Auslegung seiner Stellungnahme durch die AfD-Landtagsfraktion. Jedenfalls gehe ich davon aus.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das! – Christian Loose [AfD]: Vermutung!)

Zum anderen muss man, wenn es darum geht, dass Sie beschreiben, dass hier nicht mit Emotionalität argumentiert werden sollte, sagen: Dann verkennen Sie die Realität vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen, für die dieser Antrag, den Sie vorgelegt haben, sicherlich ein Schlag ins Gesicht ist.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man den Text dieses Antrags liest, stellt sich die Frage, wer hier mit ungebührlicher Emotionalität argumentiert.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Das ist ein komplett fachlicher Antrag!)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/624 an den Integrationsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich bitte um das Handzeichen, wer dieser Überweisungsempfehlung seine Zustimmung gibt. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung Drucksache 18/624 angenommen**.

Wir kommen zu:

## **7 Die Vielfachkrisen in der Landwirtschaft endlich beenden – heimische Landwirtschaft erhalten, stärken und wertschätzen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/619

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Schalley das Wort.

**Zacharias Schalley** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine alte Bauernregel besagt: Auf harten Winters Zucht folgt gute Sommerfrucht. – Nach dieser Logik müsste der Winter, den die bestehende Agrarpolitik unserem heimischen Bauernstand bereitet, eine überreiche Ernte nach sich ziehen.

Doch stattdessen ist unsere Landwirtschaft auf allen Ebenen von Vielfachkrisen in ihrer schieren Existenz bedroht. Nicht nur die mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung, sondern insbesondere die fehlende Wirtschaftlichkeit, ausufernde Vorschriften und Bürokratie sorgen dafür, dass das Höfesterben seit Jahrzehnten ununterbrochen anhält. Oder erinnert sich einer der geschätzten Kollegen – insbesondere der schon länger hier Regierenden – an eine Zeit, in der es kein Höfesterben gab? Nein, sicher nicht; denn die Politik des „Wachsen oder Weichen“ war ja agrarpolitische Staatsräson.

In NRW gibt es ca. 34.000 landwirtschaftliche Betriebe. Doch wenn wir uns die Anzahl der Betriebe von vor 20 Jahren anschauen, stellen wir fest, dass über 27.000 bereits aufgegeben haben. Das entspricht einem Rückgang von über 40 %. So ist es von der Landwirtschaftskammer NRW amtlich bestätigt.

Wir dürfen laut einer Studie der DZ Bank sogar damit rechnen, dass noch weitere 12.000 Betriebe in NRW bis 2040 für immer ihre Scheunen dichtmachen. Was dann noch von unserer Landwirtschaft übrig bleiben wird, sind managergeführte Agrarfabriken. Das sind schreckliche Zahlen, und das ist eine traurige Zukunft. Und wo bleibt der gesellschaftliche Aufschrei?

Stellen Sie es sich doch einmal so vor: 40 % weniger Ärzte, 40 % weniger Polizisten oder 40 % weniger Lehrer. Nirgendwo sonst wird der Strukturbruch so sehr hingenommen wie bei unseren Bauern. Auf dem Schachbrett der Globalisierung werden die Bauern immer als erstes geopfert. Erst wenn der letzte Bauer verschwunden und der letzte Betrieb geschlossen ist, dann werden Sie merken, dass Sie Klimazertifikate nicht essen können.

(Beifall von der AfD)

Die agrarpolitischen Fehlentwicklungen gehen auf keine Kuhhaut. Die Erzeugerpreise sind dieses Jahr um über ein Drittel höher im Vergleich zum Vorjahr, und beim Landwirt bleibt davon immer weniger hängen. Gleichzeitig steigen die Betriebskosten ins Exorbitante.

Während das Kartellamt bei den Energiemultis noch unsicher ist, ob sie sich in der Krise bereichert haben, wurde das Branchenmodell „Agrardialog Milch“ in Schleswig-Holstein zur Finanzierung kostendeckender Milchpreise als unzulässig abgelehnt, weil die Nachhaltigkeitsaspekte fehlten – zum Thema „Nachhaltigkeitsaspekte“ ein Beispiel von vielen.

Wir hatten Sie gewarnt. Die pauschale Reduzierung beim Einsatz von Düngemitteln wird dazu führen, dass viele Nutzpflanzen nicht ausreichend mit Nährstoffen versorgt werden. Die Nutzpflanzen werden qua Gesetz unterhalb ihres ökologischen Optimums gedüngt. Unser Gutachten in der letzten Legislaturperiode hat es gezeigt. Die Agrarexperten sagten voraus, dass die Qualitätsstandards unter diesen Auflagen nicht eingehalten werden können und wir auf Importe angewiesen sein werden. Für Sie waren das Unkenrufe.

Und was sagt die diesjährige Erntebilanz? Der Proteingehalt der Weizenernte ist teilweise nicht ausreichend für Brotgetreide. Doch dafür hat die Landwirtschaftsministerin ja ein probates Mittel. Die Getreidemühlen können dies kompensieren, indem sie Importweizen untermischen, der einen höheren Proteingehalt hat. Sie zwingen also die heimischen Landwirte erst dazu, zu wenig zu düngen, um dann das geerntete Getreide mit Auslandsimporten zu panschen.

Ich kann nur sagen: Wenn Umweltauflagen dazu führen, dass die Qualität abnimmt, dann stimmt ganz einfach etwas mit den Auflagen nicht.

(Beifall von der AfD)

Hier zeigt sich die bekannte Doppelzüngigkeit des Globalismus, die in allen umweltpolitischen Fragestellungen an den Tag gelegt wird, von Windkraftanlagen über Elektroautos, nun beim Weizen. Die Umweltverschmutzung wird für das gute Gewissen ausgelagert, vorzugsweise in Länder mit geringeren Standards als bei uns. Der Green New Deal wird die negativen Tendenzen noch verstärken. Ihre neue Agenda „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ treibt unsere Landwirtschaft und heimische Lebensmittelversorgung in den Ruin.

Ich frage Sie: Was ist die Pflege der heimatlichen Kulturlandschaft, wenn nicht eine Leistung für das Gemeinwohl? Und was könnte gemeinwohlorientierter sein als die Herstellung von Lebensmitteln? Wenn die Agrarpolitik in diesem Sinne weitergeht, dann wird der Bauer dort, wo überhaupt noch eine Kuh auf der Weide steht oder Brotgetreide wächst, gezwungen, weitere Flächen stillzulegen und seine ansonsten ungenutzten Weiden mit ein paar ungemolkenen Mutterkühen zu dekorieren.

Kurzum: Der Bauer soll zum Museumswärter degradiert werden, der durch eine Landschaft schleicht, die unsere Vorfahren erst mit harter Arbeit urbar und fruchtbar gemacht haben. Das Umdenken muss jetzt erfolgen: Sichere Lebensmitteleversorgung, Regionalität, Kulturlandschaften und bäuerliche Traditionen kann man nicht einfach neu gründen. Entweder sie bleiben erhalten, oder sie hören für immer auf zu existieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Schalley. – Für die CDU-Fraktion erteile ich zu seiner ersten Plenarrede dem Kollegen Höner das Wort.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Markus Höner (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der FAZ-Herausgeber, Frank Schirrmacher, hat gesagt: Wir müssen wieder stärker an unsere Inhalte glauben, statt ständig darüber nachzudenken, mit welchen Maßnahmen wir unsere Reichweite erhöhen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau daran habe ich gedacht, als ich den AfD-Antrag „Die Vielfachkrisen in der Landwirtschaft endlich beenden – heimische Landwirtschaft erhalten, stärken und wertschätzen“ gelesen habe. Für mich liest sich dieser Antrag wie eine inhaltsleere Effekthascherei.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Oberflächlich werden Punkte aus unserem Zukunftsvertrag mit den Grünen aufgegriffen, bei denen es aber keine inhaltliche Bereicherung gibt. Weiter scheinen auch unsere Anträge aus der vergangenen

Legislaturperiode für Sie unter dem Radar geblieben zu sein.

Wenn ich von Vielfachkrisen in der Landwirtschaft höre, erwarte ich, dass ich in solch angespannten Situationen, die wir zurzeit in der deutschen Landwirtschaft erleben, auch ehrliche Antworten auf aktuelle Fragestellungen bekomme.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Leider ist das in Ihrem Antrag Fehlangezeigt. Sie schreiben, dass sich die Landwirte zum Beispiel durch die Düngebedarfsermittlung schikaniert fühlen. Das ist völliger Quatsch. Unsere Bäuerinnen und Bauern kalkulieren seit Jahren den Düngeentzug einer Kultur, und danach werden die Flächen gedüngt. Das ist gute fachliche Praxis.

Sie dagegen bringen in Ihrem Antrag Düngemengen in den Bezug zum Flächerverbrauch. Bedeutet das also, je weniger landwirtschaftliche Fläche zur Verfügung steht, desto mehr Dünger soll ausgebracht werden? Das ist so weit weg von der gelebten Praxis einer modernen Landwirtschaft, zeigt aber, wo Sie sich inhaltlich befinden.

(Beifall von der CDU und Simon Rock [GRÜNE])

Auch Ihre Forderung nach der Entbürokratisierung verfängt nicht. Hier verweise ich auf den Antrag der regierungstragenden Fraktionen der 17. Wahlperiode mit der Drucksache 17/16907 „Zeit am Schreibtisch verringern. Bürokratie für die Landwirtschaft konsequent abbauen“. Sie bringen keinen neuen Erkenntnisgewinn. Werden Sie doch konkret! Wo genau soll Bürokratisierung abgebaut werden?

Sie sind der Meinung, dass Hofübergaberegulungen kompliziert sind. Und auch hier stellen Sie einen falschen Zusammenhang her. Eine Hofübergabe hat nichts mit einer anfallenden Grunderwerbsteuer bei einem Flächentausch zu tun. Bei der Hofübergabe werden Betriebe und Flächen an eine nachfolgende Generation weitergegeben. Dies ist in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vorbildlich und ohne steuerlichen Aufwand geregelt.

(Beifall von der CDU)

Leider zeigt all das, wie weit Sie wirklich von unseren landwirtschaftlichen Betrieben weg sind. Leider zeigt das auch, dass Sie sich inhaltlich, wenn überhaupt, nur oberflächlich mit den Krisen in der Landwirtschaft beschäftigt haben. Leider zeigt das in der Schlussfolgerung, dass es Ihnen nur um eine Effekthascherei geht.

Ich bin froh, dass wir mit dem Zukunftsvertrag der schwarz-grünen Regierungskoalition einen anderen Weg gehen. Wir haben klar definiert, wie wir uns vorstellen, eine Landwirtschaft zu erhalten, die vielfältige Funktionen für unsere Gesellschaft erfüllt, eine

Landwirtschaft, die unsere Lebensmittel erzeugt, die Beschäftigung gibt, die ein Teil des sozialen Gefüges im ländlichen Raum ist. Wir werden in den nächsten fünf Jahren die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Ernährung zu sichern, Einkommen zu erwirtschaften, die Natur zu pflegen und die historisch gewachsene Kulturlandschaft zu erhalten.

Wir werden uns ehrlich, ernsthaft und zielorientiert um die Vielfachkrisen in der Landwirtschaft kümmern. Wir erhaschen uns keine Zustimmung. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren überzeugen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Um unsere Landwirtschaft zu stärken, brauchen wir keine inhaltsleeren Anträge. Daher lehnt die CDU-Fraktion den Antrag der AfD ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Höner. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Plenarrede.

Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Schneider.

**René Schneider (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kartoffeln, Schinken und Brokkoli sind Zutaten für Hunderte von leckeren Rezepten. Einen Apfelkuchen bekomme ich daraus jedoch nicht gebacken. „Bodenpreise“, „GAP“ und „Drohneinsatz“ – das alles sind schillernde Begriffe aus der Landwirtschaft. Einen vernünftigen Antrag hat die AfD daraus jedoch nicht gebacken bekommen.

Ihre Forderungen widersprechen sich zum Teil bzw. sind zusammenhanglos aneinandergereiht. Aber egal, denn es scheint der AfD doch nur darum zu gehen, die schmackhaften Begriffe in die plenare Auslage zu legen. Im Ausschuss diskutieren will die AfD darüber nicht. Bei der gleich folgenden direkten Abstimmung werden wir deshalb gegen den vorliegenden Antrag stimmen. – Vielen Dank, Glück auf und Gottes Segen.

(Beifall von der SPD und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Rüße das Wort.

**Norwich Rüße<sup>1)</sup> (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich diesen Antrag sah, habe ich noch mal überlegt, worüber ich in der letzten Legislatur zum Schluss gesprochen habe.

(Zuruf von der SPD: Über Brokkoli?)

Es war der Bericht zur Enquetekommission zur Zukunft der Landwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich habe mich dann daran erinnert, wie viele Sitzungen wir dazu hatten. Es waren 28. Das musste ich, ehrlich gesagt, natürlich nachgucken. Wir hatten über 50 externe Sachverständige, und bis auf eine Fraktion haben alle gut und konstruktiv mitgearbeitet. Diese eine Fraktion war komplett destruktiv und hat sich an der Entwicklung von 165 Handlungsempfehlungen nicht beteiligt.

Jetzt kommen Sie mit diesem Antrag und wollen uns erzählen, was man alles machen müsste.

Wir haben für die Landwirtschaft 165 Handlungsempfehlungen, und wir haben gemeinsam vereinbart, dass diese in den nächsten Jahren unsere Richtschnur sein sollen. Das sind 165 Handlungsempfehlungen einer Enquetekommission, die insbesondere die bäuerliche Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt stellt.

Wenn man hier mit einem solchen Antrag schon so kurzfristig aufschlägt, dann ist das Mindeste, das ich erwartet hätte, dass man vorher mal in den Koalitionsvertrag guckt.

Sie kommen mit einem Antrag, in dem Sie fordern, dass die Grunderwerbssteuer verändert, abgeschafft wird. Genau das steht aber im Koalitionsvertrag. Das große Problem, das die Landwirtschaft hat, ist die doppelte Grunderwerbssteuer im Falle des Ziehens des Vorkaufsrechts. Das sagt Ihnen jetzt nichts.

(Beifall und Heiterkeit von den GRÜNEN und der CDU)

Aber genau die muss wegfallen; denn sie ist absolut ungerecht. Darum werden wir uns kümmern.

Wenn Sie in den Koalitionsvertrag geschaut hätten, dann hätten Sie auch gesehen, dass wir ein Sofortprogramm für die bäuerliche Landwirtschaft auflegen wollen, mit dem wir ausdrücklich kleine und mittlere Betriebe, die bestimmte andere Förderprogramme nicht mehr erreichen, gezielt unterstützen werden.

Wir haben uns in den letzten fünf Jahren auch ausdrücklich und viel – Sie waren ebenfalls dabei – über die Frage der Weidetierhaltung unterhalten. Genau das finden Sie jetzt im Koalitionsvertrag. Dort steht, dass das Ministerium diesbezüglich etwas machen wird und wir auch an der Stelle etwas vereinfachen wollen, damit die Betriebe wirklich unterstützt werden.

Wenn man das alles zusammennimmt und noch dazu nimmt, dass wir einen Schwerpunkt auf die Außer-Haus-Verpflegung legen wollen, damit unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen die Menschen in Nordrhein-Westfalen über die Kantinen und Mensen in unserem Bundesland erreicht, wir die Ökomodell-

regionen noch mal stärken wollen und es als Paket sehen, was in diesem Koalitionsvertrag gerade zum Bereich „Landwirtschaft“ steht, erübrigt sich Ihr Antrag meiner Meinung nach komplett.

Das Mindeste wäre aus meiner Sicht außerdem, dass man einer neuen Ministerin und uns als Fraktionen die Zeit gibt, die von uns angestrebten Ziele voranzubringen. Man käme dann mit einem solchen Antrag vielleicht in einem Jahr und würde fragen: Was ist denn daraus geworden? Warum machen Sie nichts? Das wäre etwas Anderes. Bereits jetzt mit diesem Antrag zu kommen, zeigt hingegen, dass es Ihnen nur um billige Effekthascherei geht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Auch meine Vorredner haben die Widersprüchlichkeit in Ihrem Antrag angesprochen. Sie beklagen, wir würden die Landwirtschaft in der Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt behindern, und sprechen sich für mehr Direktvermarktung aus. Dann ist laut Ihnen die Grundsteuer ein Riesenproblem. Natürlich wird es da Änderungen in der Berechnungsgrundlage geben.

Das Interessante ist aber, dass die Grundsteuer A in keinem Bundesland so niedrig ist wie in Nordrhein-Westfalen. Wir haben die Grundsteuer B, aber das ist eine andere Debatte. Allerdings liegt doch gerade die Grundsteuer A deutlich unterhalb der Grundsteuer A zum Beispiel in Niedersachsen oder in Hessen, wo sie extrem hoch ist. Das Problem ist hier von daher nicht so groß.

Zum Punkt der Hofnachfolge hat der Kollege Höner bereits einiges gesagt, und es ist geradezu lächerlich, was Sie dazu schreiben; denn das zeigt, dass Sie null Ahnung haben, was in diesem Bereich der Landwirtschaft passiert. Die rechtlichen Regelungen dazu, wie die Hofnachfolgeregelung zu passieren hat, sind sehr gut. Wir haben vielmehr das Problem, dass viele junge Bäuerinnen und Bauern den Hof einfach nicht mehr übernehmen wollen, weil die wirtschaftlichen Perspektiven nicht stimmen. Das ist das Problem, und daran müssen wir etwas ändern. Die Regelungen müssen wir an dieser Stelle allerdings nicht verändern.

Sie haben sich bei der Enquetekommission damals im Prinzip an den Spielfeldrand gestellt, rumgenörgelt und rumgestänkert. Ich kenne so etwas, denn ich habe in meiner Jugend viel Fußball gespielt. Mir waren es immer die liebsten Zuschauer, die von außen kommentiert haben, was ich auf dem Platz alles falsch mache. Wenn man die dann einwechselt und sie mitspielen, stellt man fest, dass sie den Ball gar nicht treffen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

So ist es Ihnen jetzt gegangen. Sie sind mit Ihrem Antrag aufs Spielfeld gegangen und haben sich

dabei wirklich beide Beine gebrochen. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rüße, ich denke, dass dieser billige Antrag in der Tat nicht die richtige Grundlage ist, um über den Koalitionsvertrag und die Auswirkungen dieser Regierung auf die Landwirtschaft zu diskutieren. Wir werden das mit Sicherheit an anderer Stelle intensiv nachholen.

Frau Ministerin, ich denke auch, dass wir in dieser Legislaturperiode noch sehr häufig über die Aufteilung von Umwelt und Naturschutz in einem und Landwirtschaft in einem anderen Ministerium sowie über die damit verbundenen Folgen für die Landwirte sprechen werden.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dieser Antrag ist nun wirklich einer, der aus verschiedenen Themen, die unzureichend angerissen werden, einfach nur zusammengeworfen wurde. Er besteht aus ein bisschen Regionalvermarktung hier, ein bisschen Bürokratieabbau da und dem obligatorischen Wettern der AfD gegen Umwelt- und Klimaschutz – ein Sammelsurium an Forderungen ohne konkrete Vorschläge, wie immer von der AfD rein destruktiv. Für die meisten Punkte bedürfte es eines eigenen Antrags, der der jeweiligen Problematik auch gerecht würde.

Kollege Rüße, daher gebe ich Ihnen absolut recht. Wir haben in der Enquetekommission, in die ich als stellvertretendes Mitglied immer mit einem halben Auge reinschauen durfte, viele Punkte angerissen. Da erwarte ich von der neuen schwarz-grünen Regierung, dass diese Handlungsempfehlungen, die wir zusammen erarbeitet haben, auch in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Da werden wir sicherlich hinterher sein.

(Beifall von der FDP)

Die AfD möchte mit diesem Antrag die heimische Landwirtschaft stärken. Aber wie? Wie immer sagt sie das natürlich nicht. Genauso wenig steht in dem Antrag, wie die Direktvermarktung gestärkt werden und der Bürokratieabbau stattfinden soll.

Herr Kollege Schalley, Sie sind neu hier. Das ist aber kein Grund, sich nicht vorher kundig zu machen, was hier in der vergangenen Legislaturperiode schon gelaufen ist. Dann wüssten Sie nämlich, dass Punkte wie die Stärkung und Digitalisierung der Landwirtschaft, die Direktvermarktung, der Bodenmarkt sowie

der Bürokratieabbau in der letzten Legislaturperiode von uns, von der FDP-Fraktion, gemeinsam mit der CDU bereits nach vorne gebracht wurden. Alles haben wir in eigenständigen Anträgen und nicht in einem zusammengewürfelten Antrag aufgearbeitet.

Insofern kann ich mich den anderen Fraktionen nur anschließen. Die FDP lehnt den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung spricht Ministerin Gorißen.

**Silke Gorißen**, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines unserer wichtigsten politischen Ziele ist die Stärkung unserer heimischen Landwirtschaft. Der im Antrag der AfD-Fraktion beschriebene Strukturwandel ist kein neues Phänomen. Den damit verbundenen Herausforderungen stellt sich die Landesregierung seit vielen Jahren. Diese Herausforderungen nehmen auch im Zukunftsvertrag der Landesregierung und in der Politik meines Hauses eine ganz zentrale Rolle ein.

Wir alle wissen, dass unsere Höfe vor enormen Herausforderungen stehen, und arbeiten kontinuierlich daran, wie wir die vielfältigen landwirtschaftlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Anforderungen beim Klima- und Umweltschutz sowie beim Tierschutz vereinen können.

Wir haben uns in unserem Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen klar zur Erhaltung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft positioniert. Unsere Landwirtschaft erfüllt vielfältige Funktionen für unsere Gesellschaft. Sie erzeugt unsere Lebensmittel, gibt Beschäftigung und ist Teil des sozialen Gefüges im ländlichen Raum.

Wir fördern die Landwirtschaft dabei, die Ernährung zu sichern, Einkommen zu erwirtschaften, die Natur zu pflegen und die historisch gewachsenen Kulturlandschaften zu bewahren. Landwirtschaft wirtschaftet auf fast 50 % der Fläche Nordrhein-Westfalens und hat auch deshalb eine besondere Verantwortung für Umwelt, Landschaft und Artenvielfalt.

Mehrbelastungen durch Auflagen des Landes müssen finanziell ausgeglichen werden. Wir wollen die leistungs- und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft in den Händen der vielen Familienbetriebe erhalten.

Das sind einige der Aussagen aus unserem Zukunftsvertrag.

Unsere Landwirtinnen und Landwirte mit ihren Höfen sorgen tagtäglich dafür, dass unsere Ernährung

ausreichend, sicher und auch von bester Qualität ist. Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher schätzen zugleich die regionalen, frischen und hochwertigen Erzeugnisse aus Nordrhein-Westfalen. Sie interessieren sich auch nach wie vor – eigentlich immer mehr – dafür, wo und wie ihre Lebensmittel hergestellt werden.

Genau hierfür wollen wir noch mehr sensibilisieren und stärker Orientierung geben; denn regionale Lebensmittel bleiben auch und gerade in schwierigen Zeiten wichtig. Der Kauf der regionalen Lebensmittel unterstützt nicht nur die Produktion im eigenen Land. Regional anzubauen und zu vermarkten trägt auch zum Klimaschutz bei.

Unsere Ernährung im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sicherzustellen, ist eines unserer ganz großen Ziele. Die Landesregierung wird sich mit ganzer Kraft zudem für ein gutes Miteinander von Stadt und Land einsetzen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ein wichtiges Instrument ist die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union. Die neue Förderperiode startet bereits im nächsten Jahr. Unsere Landwirte brauchen hier dringend Planungssicherheit. Deshalb drängen wir beim Bund und bei der Europäischen Kommission auf eine schnelle Genehmigung des Strategieplans.

Die Entscheidung, die Stilllegungsverpflichtung und die Fruchtfolgeanforderungen angesichts der Krisenlagen auf der Welt um ein Jahr zu schieben, haben wir frühzeitig gefordert. Das hilft kurzfristig der Versorgungssicherheit und gibt den Landwirten die benötigte Klarheit.

Was das Verhältnis von Landwirtschaft und Umwelt angeht, ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, Biodiversitätsleistungen der Landwirtschaft zu fördern und angemessen zu honorieren. Hierzu gehören insbesondere Agrarumweltmaßnahmen und der ökologische Landbau. Gemeinsam mit der Landwirtschaft und mit Umweltverbänden haben wir daher ein ambitioniertes Paket aus bewährten und neuen Agrarumweltmaßnahmen geschnürt, das als NRW-Beitrag zum nationalen Strategieplan bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereicht wurde.

Der gemeinsame Dialog und ein international abgestimmtes Umsetzen der Vorhaben im Rahmen des nationalen Strategieplans der gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene machen uns alle angesichts der globalen Entwicklung stärker.

Ein wichtiger Ansatzpunkt unseres Zukunftsprogramms „Moderne Landwirtschaft“ ist die weitere Reduzierung von Nitrateinträgen auch aus der Landwirtschaft.

Kernpunkt ist die Steigerung der Effizienz der eingesetzten Düngemittel, das heißt die Sicherung der

Erträge durch bedarfsgerechte Düngung bei gleichzeitig deutlicher Reduzierung der Nährstoffverluste.

Unser Zukunftsprogramm „Moderne Landwirtschaft“ hat als weiteren Schwerpunkt die Reduzierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Dies findet sich auch im Green Deal bzw. der *Farm-to-Fork-Strategie* der Europäischen Kommission wieder, und genau die treibt die Landwirtschaft momentan sehr stark um. Bei dieser und auch bei anderen Fragestellungen wollen wir mit der Landwirtschaft und verschiedenen anderen Gruppen im Dialog sein und gemeinsam ausloten, wo praxistaugliche Möglichkeiten existieren.

Bezüglich der strukturellen Entwicklungen in der Landwirtschaft ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, die leistungs- und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft in den Händen der vielen Familienbetriebe zu erhalten. Deshalb legen wir ein bürokratiearmes Sofortprogramm zur Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe auf.

Zur Zukunft der Landwirtschaft gehört auch und ganz maßgeblich das Thema „Hofnachfolge“ zur Bewahrung der landwirtschaftlichen Strukturen und Wirtschaftsleistungen. Für Junglandwirtinnen und -landwirte ist es im Rahmen der Hofnachfolge möglich, eine gesonderte Prämie im Rahmen der Direktzahlungen zu beantragen, die ab 2023 erhöht wird. Auch im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms können Investitionen von Junglandwirten bezuschusst werden.

Doch auch die Digitalisierung darf nicht vergessen werden. Sie steht ganz oben auf unserer Agenda. Basis dafür ist die passende digitale Datenverarbeitung und -haltung. Wir werden uns diesbezüglich auch in den nächsten Jahren verstärkt um die Einführung von praxisnahen und preiswerten Lösungen für das Farmdatenmanagement kümmern.

Parallel zu dieser Plenarsitzung findet heute der NRW-Agrarforschungstag statt, der sich mit genau diesen zentralen Themen befasst und bei dem Wissenstransfer zwischen Förderung und Praxis das Ziel sein soll.

Mit der Einführung des elektronischen Antrags wurde die landwirtschaftliche Förderantragsstellung massiv vereinfacht. Dieses Angebot wird sukzessive ausgebaut. Seit dem Jahr 2022 ist beispielsweise die vollständige elektronische Kommunikation zwischen Landwirt und Behörde über ein elektronisches Postfach möglich.

Eines ist sicher: Unsere Landwirtschaft wird sich auch zukünftig verändern und sich den aktuellen Herausforderungen und gesellschaftlichen Ansprüchen stellen müssen. Diese Landesregierung wird sie in diesem Prozess unterstützen. Darauf können sich unsere Landwirtinnen und Landwirte verlassen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Ich schaue mal in die Runde. Die Ministerin hat ihre Redezeit um 2:50 Minuten überzogen. Unabhängig davon, dass bis auf eine Fraktion alle Fraktionen noch Zeit auf der Uhr hätten, sehe ich trotzdem keine Wortmeldungen mehr. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/619. Wer dem Antrag Drucksache 18/619 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Damit ist **Antrag Drucksache 18/619** mit dem von mir gerade festgestellten Ergebnis **abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir um 16:18 Uhr am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich wünsche Ihnen – hier steht „Abend“ – noch einen angenehmen Nachmittag, aber auch einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen. Wir sehen uns alle morgen Früh um 10 Uhr wieder.

**Schluss: 16:18 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.